



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 23.03.2017

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 16.03.2017**

öffentlich

**4.6 Bauvorhaben Erweiterung Vereinsgebäude "Blaue Funken" / Sachsen-
turm (Blaue-Funken-Weg 2);
hier: Beschluss über die Durchführung eines architektonischen Gut-
achterverfahrens zur Bebauung eines städtischen Grundstückes
2875/2016**

Frau Zlonicky stellt in einer kurzen Einführung das Vorhaben vor. Sie weist auf die erhöhten Bedarfe der Karnevalsgesellschaften hin, die mit großem Engagement zum Erhalt der Gebäudereste der ehemaligen Stadtmauer beitragen. Ferner betont sie die besonderen Aspekte der fehlenden Barrierefreiheit, der weder ober- noch unterirdisch erweiterbaren Gebäude und der südlich angrenzenden in einem alten Bebauungsplan festgesetzten Grünfläche.

Sowohl verwaltungsintern als auch mit den Vertretern der Blauen Funken haben bereits umfangreiche Gespräche stattgefunden. Dabei sei das Ansinnen der Blauen Funken auf das absolut minimale Maß zurückgeschraubt und ihnen ein Qualifizierungsverfahren auferlegt worden. Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden anschließend in das Bebauungsplanverfahren aufgenommen.

RM Herr Walter zeigt Verständnis für die Wünsche der Karnevalsgesellschaften, ihre Liegenschaften zu erweitern. Er verweist allerdings mit Nachdruck darauf, dass es sich in diesem Fall um eine öffentliche Grünfläche in der Innenstadt handle, von denen es nicht allzu viele gebe.

Die SPD-Fraktion habe die Pläne im Arbeitskreis kritisch diskutiert und sei der Meinung, dass dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werde, den es zu verhindern gelte, denn am anderen Ende der Stadtmauer sei die Prinzengarde beheimatet.

Wenn man sich zudem anschau, für welche Zwecke die Fläche benötigt werde, stelle man fest, dass lediglich ein Raum für Jugendarbeit und die restlichen 3 Räume für Tagungsräume, Büro und Lager vorgesehen seien. Daher bitte die SPD-Fraktion, in der weiteren Beratungsfolge zu prüfen, ob tatsächlich 20 m Fläche zur Bebauung benötigt werden. Wenn dort gebaut werde, sollte der Erweiterungsbau ökologisch

und nachhaltig realisiert und bei der Auswahl des Baumaterials sowie der Dach- und Fassadenbegrünung sollte dem Rechnung getragen werden.

Herr Walter hebt noch einmal hervor, dass es sich um einen Bau auf einer öffentlichen Grünfläche handle, die versiegelt werde. Auch interessiere die SPD-Fraktion, ob und welche Bäume gefällt werden müssen und falls ja, dass diese Bäume ersetzt werden und darüber hinaus eine ökologische Aufwertung stattfinden müsse. Im Hinblick auf das Thema „Essbare Stadt“ könnten ein paar Obstbäume gepflanzt werden.

Zudem möchte die SPD-Fraktion wissen, ob das Wettbewerbsverfahren ergebnisoffen sei und es im weiteren Verfahren noch die Möglichkeit gebe, „nein“ zu sagen, wenn Stadtgesellschaft und Politik die Bebauung ablehnten.

RM Herr Brust weist darauf hin, dass sich in der Nähe mehrere Schulen, darunter das Humboldtgynasium, befänden, die abends leer stünden. Er fragt, ob darüber nachgedacht worden sei, Räume in diesen Schulen als Tagungsräume zu nutzen. Dies könne dem Verein helfen und zugleich der Stadt Zusatzeinnahmen einbringen.

Herr Brust spricht den Masterplan von Herrn Speer an und bemerkt, dass das geplante Gebäude wahrscheinlich mit ihm übereinstimmen würde. Er verweist auf Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses, die den Ringbereich und die dortigen Grünflächen betreffen und vom Masterplan abweichen. Die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen habe keinen Überblick darüber, was an dieser Stelle alles beschlossen worden sei.

Herr Brust bittet um eine Zusammenstellung, welche Beschlüsse vom Lenkungskreis und Stadtentwicklungsausschuss getroffen worden seien, die diesen Bereich betreffen, um zu sehen, ob das geplante Bauvorhaben mit den bisher gefassten Beschlüssen übereinstimme. Wenn dies bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün möglich sei, schlage er vor, die Beschlussvorlage bis dahin zurückzustellen.

SB Herr Dr. Albach schließt sich seinen Vorrednern an, was die Preisgabe einer öffentlichen Grünfläche zur Nutzung des geplanten Gebäudes u. a. als Tagungsräume sowie die Suche nach Synergien betreffe. Auch stelle sich die Frage nach dem klimatischen Ausgleich, wenn es keine begehbare Fläche mehr gebe. Man könne beispielsweise in der Innenstadt Dächer durch Ausgleichszahlungen solange begrünen, bis der Ausgleich erreicht sei.

Frau Zlonicky nimmt zu den angesprochenen Fragen und Kritikpunkten Stellung. Sie betont noch einmal die Einschränkung der ursprünglichen Erweiterungspläne um mindestens ein Drittel und den Aspekt der fehlenden Barrierefreiheit.

Zur Frage der Ergebnisoffenheit weist sie darauf hin, dass die Sachlage anders als am Rudolfplatz sei: Zum einen setze zwar ein alter Bebauungsplan Grünfläche, nördlich der vorhandenen Bebauung, am Trutzenberg, jedoch eine Baufläche für einen Kindergarten fest, was nie realisiert worden sei.

Ebenso sehen die historische städtebauliche Herleitung und der Masterplan ebenfalls eine Baufläche vor. Soweit sie wisse, gebe es keine aktuellen Beschlüsse zum Masterplan, weil die Lupenräume an anderer Stelle stünden. Sie werde dies noch einmal prüfen und kurzfristig nachreichen.

Hinsichtlich der Synergieeffekte erklärt sie, dass im Humboldtgynasium absolut kein Platz sei.

RM Herr Walter merkt an, der Masterplan sehe vor, dass an diesem Teil des Sachsenrings angrenzend an das Humboldtgynasium, aber auch dort, wo die Blauen Funken sind, die Kante in Richtung Sachsenring geschlossen und bebaut werden

soll. Wenn jetzt ein dreistöckiges, 20 Meter langes Gebäude dort errichtet werden soll, das an die Stadtmauer anschlieÙe, müsse, wenn der Masterplan weiterverfolgt werden soll, ein Anschluss an den Neubau mitberücksichtigt und bei dem Wettbewerb in die Überlegungen mit einbezogen werden. Er fragt, ob dies so erfolge.

RM Frau Akbayir fragt, wie diese Vorlage mit dem Ausschuss Umwelt und Grün zusammenhänge. Sie schlägt vor, sie auch in den Kulturausschuss zu verweisen, da der Denkmalschutz betroffen sei.

Frau Zlonicky äußert, dass Bauvorhaben, die eine Nutzung für kulturelle Zwecke vorsehen, in den Kulturausschuss verwiesen werden. Beschlussvorlagen, wie diese, die den Denkmalschutz betreffen, werden im Rahmen der laufenden Verwaltung mit dem Stadtkonservator eng abgestimmt.

Nach weiterer Diskussion, im Verlauf derer RM Herr Brust seinen Antrag auf Zurückstellung der Vorlage aufrecht erhält, RM Frau Akbayir ihren Vorschlag auf Verweisung in den Kulturausschuss zurückzieht und RM Frau Welcker den Vorschlag macht, die noch offenen Fragen in der nächsten Sitzung zu beantworten, stellt der Ausschussvorsitzende die Zurückstellung der Vorlage in die nächste Sitzung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung am 04.05.2017.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.